

## **Pressefahrt des SGVHT nach Offenbach am 4./5. September 2021**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Ausführungen von**

**Gerhard Grandke**

**Geschäftsführender Präsident des  
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Vorbemerkung**
- II. Geschäftsentwicklung**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Moral Hazard im Aufwind**
- V. Fazit**

## **I. Vorbemerkung**

Anrede!

Herzlich Willkommen zu unserem Pressegespräch im Rahmen der Pressefahrt mit dem Internationalen Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten, diesmal in Offenbach am Main. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit wie gewohnt unter anderem die Geschäftszahlen des ersten Halbjahres unserer Sparkassen in Hessen und Thüringen vorstellen.

Bei aller Routine fällt diese Pressefahrt für mich persönlich nicht so ganz unter die Rubrik „Business as usual“. Sie ist nämlich meine letzte, die ich als Geschäftsführender Präsident des SGVHT absolviere. Umso mehr freue ich mich, dass wir diesmal in meiner Heimatstadt unterwegs sind.

Offenbach hat ja ein wenig den Ruf als Bochum des Rhein-Main-Gebiets, wie es Herbert Grönemeyer einst besungen hat: keine Schönheit, vor Arbeit ganz grau, ohne Schminke, leider total verbaut. Für mich ist es aber gerade dieses Ungekünstelte und Direkte, das den Charakter und Charme von Offenbach ausmacht. Ich liebe diese Stadt mit all ihren Brüchen und Widersprüchen, aber vor allem auch mit all den vielen Erinnerungen und den alten Freundschaften, die man nur mit seiner Heimatstadt verbindet.

Hinter der spröden Fassade kommen hier immer wieder unerwartete architektonische und atmosphärische Schönheiten zum Vorschein: der Wochenmarkt am Wilhelmsplatz zum Beispiel, der samstags immer zu meiner zweiten guten Stubb wird. Oder Schloss Rumpenheim, das Isenburgische Renaissanceschloss, der Büsing-Palais und das Capitol. Zu erwähnen ist natürlich auch Offenbachs grüne Lunge, der Lilipark und der Büsingpark, mitten in der Innenstadt gelegen. Kein Wunder, dass weiland selbst der Frankfurter Goethe von der Perle am Untermain schwärmte.

### **Industrie- statt Kurstadt**

Apropos Wasser: Offenbach hatte lange Zeit sogar seine eigene Mineralwasserquelle. Um ein Haar wäre es Kurstadt geworden. Aber Bad Offenbach – das wäre dann vielleicht doch etwas zu viel des Guten gewesen. Und wer schon einmal etwas vom Kaiser Friedrich Mineralwasser Offenbacher Provenienz getrunken hat, der erinnert sich an eine salzige Flüssigkeit, die möglicherweise gesund, aber auf jeden Fall nicht erfrischend war.

Als wesentlich nachhaltiger als die längst geschlossenen Brunnen hat sich die Städtische Sparkasse Offenbach am Main erwiesen. Sie wurde im Mai 1833 gegründet, als die Industrielle Revolution auch am Main langsam Fahrt aufnahm und der Stadt das Bild gab, wie wir es heute kennen. Gerade mal ein Jahr zuvor war in einer Baumwollspinnerei die erste Offenbacher Dampfmaschine aufgestellt worden.

Neben der Textilindustrie wurde Offenbach vor allem durch seine Lederindustrie bekannt, die zu ihrem Höhepunkt über 10.000 Menschen beschäftigte. Diese Fabrikarbeiter, aber auch Handwerksgesellen, Lehrlinge und Dienstboten waren die Adressaten, an die sich die neue Sparkasse wandte. Sie konnten dort ihre sauer verdienten Groschen sicher verwahren und Ersparnisse bilden, die sie dann in Krankheitsfällen, für die Aussteuer oder zur Versorgung im Alter verwenden konnten.

Später ist das Institut auch ins Geschäft mit Krediten und Wertpapieren eingestiegen. Dieses Geschäftsmodell, wie es ja für alle Sparkassen typisch ist, hat sich bis heute bewährt, durch alle Konjunkturen und Krisen hinweg. Wir werden das gleich sehen, wenn ich Ihnen die aktuelle Geschäftsentwicklung unserer Mitgliedsinstitute in Hessen und Thüringen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres vorstelle.

Viele von uns hatten bei der vergangenen Pressefahrt gehofft, dass Corona wenigstens 2021 nicht mehr weite Teile des gesellschaftlichen Lebens lahmlegen und auch die wirtschaftliche Aktivität beeinträchtigen würde. Dieser Wunsch hat sich zumindest für das erste halbe Jahr nicht erfüllt. Nach einem kurzen Sommer der relativen Normalität nahmen die Infektionszahlen im Herbst 2020 wieder spürbar zu. Der Lockdown wurde erneut verfügt: zuerst in einer Light-Version und dann in einer harten Ausprägung, die bis weit ins Jahr 2021 Bestand hatte. In dieser schwierigen Zeit sind die Sparkassen ihren Kunden wie schon ein Jahr zuvor als zuverlässige Partner zur Seite gestanden.

## **II. Geschäftsentwicklung**

Diese Zuverlässigkeit spiegelt sich in einem erneut starken Kundengeschäft und im Wachstum der Bilanzsumme unserer Sparkassen wider. Sie ist zum 30. Juni 2021 um 3,7 Mrd. Euro bzw. 2,6% auf 149,3 Mrd. Euro gestiegen.

### **Kreditgeschäft bleibt auf hohem Niveau dynamisch**

Auf der Aktivseite haben unsere Sparkassen ihr Kreditgeschäft im ersten Halbjahr 2021 weiter ausgebaut. Die Ausleihungen erhöhten sich auf 85,1 Mrd. Euro. Der Zuwachs fiel mit 1,6% zwar etwas niedriger aus als im Vorjahreszeitraum mit 2,7%. Man muss aber auch sehen, wo wir herkommen.

Vor fünf Jahren lag unser Kreditbestand noch bei 70 Mrd. Euro. Wir haben also trotz eines risikobewussten Kurses bei den Krediten inzwischen ein Höhenniveau erreicht, das schon beachtlich ist – und das zuletzt unter den widrigen Bedingungen einer pandemischen Krise! Auf einem solchen Hochplateau sind weitere Steigerungsraten keineswegs selbstverständlich.

Unsere Neuabschlüsse sprechen aber für ein weiterhin expansives Kreditgeschäft. Die Darlehensauszahlungen unserer Sparkassen sind im ersten Halbjahr 2021 über alle Kundensegmente hinweg um 1,7% gestiegen, die Darlehenszusagen sogar um 6,4%.

Als besonders dynamisch hat sich einmal mehr das Kreditgeschäft mit Firmenkunden erwiesen. Die Ausleihungen gingen dort im ersten Halbjahr 2021 mit 1,2 Mrd. Euro bzw. 3,0% fast so stark nach oben wie im Vorjahreszeitraum (+3,2%).

In meinen Augen zeigen diese starken Zahlen bei der Unternehmensfinanzierung zweierlei. Erstens ist es bei unseren Sparkassen die Mischung, die´s macht: Wir profitieren von einem breiten Mix aus Branchen, Unternehmen und Dienstleistern, der in der Summe für eine konstante oder sogar steigende Nachfrage nach Krediten sorgt – in guten wie in schlechten Zeiten.

#### **Sparkassen haben sich in Corona-Krise als Lender of First Resort bewährt**

Zweitens können die Sparkassen diese hohe Kreditnachfrage jederzeit zuverlässig bedienen. Die staatlichen Corona-Hilfen haben in der Pandemie viel Gutes bewirkt. Letztendlich waren es aber die regionalen Kreditinstitute wie die Sparkassen, die sich für Unternehmen und Selbständige flächendeckend als Lender of First Resort bewährt haben.

Die Corona-Krise hat einmal mehr die Leistungsfähigkeit der bankbasierten Finanzierung in Deutschland bewiesen. Denn die passt zum Mittelstand wie der Deckel auf den Topf. Die kleinen und mittelgroßen Unternehmen streben in aller Regel eben nicht nach der Anonymität der Kapitalmärkte. Sie wünschen sich bei Finanzfragen vielmehr Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit, einen regionalen Bezug sowie persönliche und kontinuierliche Ansprechpartner. Und genau dafür stehen unsere Sparkassen. Genau das liefern wir.

Auf Wachstumskurs war im ersten Halbjahr 2021 auch das Kreditgeschäft mit öffentlichen Haushalten. Die Bestände legten dort um 51 Mio. Euro bzw. 1,3% zu. Zuwächse gab es auch im Privatkundensegment. Dort erhöhten sich die Kreditbestände um 593 Mio. Euro bzw. 1,7%.

Das lag vor allem an den Wohnungsbaufinanzierungen. Dank einer hohen Nachfrage verbuchten die Ausleihungen in diesem Segment ein Plus von 2,1%. Der Zuwachs lag damit etwas niedriger als im Vorjahreszeitraum (+3,3%). Das hat sicherlich auch mit Vorzieheffekten wegen der befristeten Umsatzsteuersenkung zu tun, die Bauleistungen im 2. Halbjahr 2020 spürbar günstiger gemacht hatte.

Der Wachstumstrend bei den Baufinanzierungen ist jedenfalls intakt. Das unterstreicht das lebhaftes Neugeschäft unserer Sparkassen. Die Darlehenszusagen im Wohnungsbau haben sich im ersten Halbjahr 2021 einmal mehr um 18% erhöht. Der Wunsch nach einer eigenen Immobilie ist also ungebrochen. Allerdings lässt er sich für viele leider immer schwieriger erfüllen. In den letzten zehn Jahren sind die durchschnittlichen Haushaltseinkommen insgesamt um etwa ein Viertel gestiegen, die Hauspreise dagegen um fast zwei Drittel.

Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Im Gegenteil: Die Immobilienpreise haben selbst in der Pandemie zugelegt. Jetzt explodieren auch die Baukosten, weil Holz, Dämm- und Kunststoffe allmählich rar werden wie seltene Erden. Und dann kommen auch noch immer rigidere Umweltauflagen dazu. Sie machen als Klimaschutzmaßnahme sicherlich Sinn, wirken aber gleichzeitig als zusätzliche Kostentreiber: Die Dämmvorschriften werden ständig verschärft. Und es wird sicherlich nicht mehr lange dauern, dann muss bei Neubauten oder größeren Sanierungsvorhaben eine Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlage aufs Dach gesetzt werden. Einige Bundesländer sehen das ja bereits vor.

### **Wohneigentum nur noch für Erben?**

Für Bauherren ist das der perfekte Sturm. Denn all das wird das Bauen und damit auch das Wohneigentum für viele in Zukunft unbezahlbar machen – und zwar nicht nur in den Städten und Ballungsräumen, sondern mehr und mehr auch auf dem platten Land.

Es heißt ja, dass wir im Zeitalter der Postmoderne leben, in dem der Einzelne seine Bindungen zu Tradition und Herkunft längst gelöst hat. Dieser gegen das Herkommen gerichtete Impuls ist aber im Immobilienmarkt noch nicht angekommen. Hier erleben wir genau das Gegenteil: die Wiedergeburt des Erbes. Denn ohne das Geld und Kapital der Altvorderen ist es vielen Familien in vielen Regionen schlichtweg unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Ich halte das für sehr bedenklich.

Und wir sollten auch die Einkommensschwachen nicht aus den Augen verlieren. Durch Corona wird sich die soziale Spaltung vertiefen. Wenn die Immobilienpreise und Baukosten ins Exorbitante steigen, wird das für die Mieten nicht ohne Folgen bleiben. Das ist ein ökonomisches Gesetz. Das lässt sich durch regulative Eingriffe in den Mietmarkt vielleicht abmildern, aber nicht komplett außer Kraft setzen. An einer spürbaren Reaktivierung des sozialen Wohnungsbaus wird deshalb kein Weg vorbeiführen.

### **Rückhaltebecken bei Einlagen läuft weiter voll**

Damit wechsele ich zur Passivseite der Bilanz. Dort sind die Folgewirkungen von Corona unverändert zu spüren. Im ersten Quartal 2021 ist die Sparquote in Deutschland auf sagenhafte 23% gestiegen. Das verwundert angesichts des langen Lockdowns auch nicht

weiter: Wer nur eingeschränkt konsumieren kann oder Angst vor der Arbeitslosigkeit hat, der hält seine Groschen zusammen. Entsprechend haben die Verbindlichkeiten der Sparkassen in Hessen und Thüringen gegenüber Kunden im ersten Halbjahr 2021 um 1,7 Mrd. Euro bzw. 1,5% zugelegt.

Der Zuwachs hat sich damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (+3,2%) zwar etwa halbiert. Das ändert aber nichts daran, dass das Rückhaltebecken in puncto Einlagen in den Sparkassen weiter vollläuft. Kreative Geister werden jetzt vielleicht sagen: „Freut euch doch auf den digitalen Euro, der in spätestens fünf Jahren kommen soll. Dann kann jeder bei der EZB eine elektronische Geldbörse einrichten und dort bis zu 3.000 Euro einzahlen. Das wird euch bei den Einlagen entlasten!“

### **Sinnfrage beim digitalen Euro**

So kann man das natürlich sehen. Aber Spaß beiseite: Ich habe immer noch nicht verstanden, warum wir neben dem Bar- und Girogeld jetzt noch eine dritte, digitale Variante des Euros benötigen. Ziel von Neukreationen sollte es doch sein, Mängel abzustellen. Und einen solchen Mangel kann ich im Zahlungsverkehr partout nicht erkennen. Er bietet den Kunden schon heute alle Möglichkeiten inklusive der Echtzeitüberweisung. Und auch die dazugehörige digitale Infrastruktur funktioniert reibungslos und hervorragend. Das haben die Systeme in der Corona-Krise, die eine enorm hohe Belastung mit sich gebracht hat, gerade erst wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Natürlich kann man die Dominanz amerikanischer Anbieter im Zahlungsverkehr bedauern. Und man kann auch zu dem Schluss kommen, dass deshalb ein einheitliches europäisches Bezahlfverfahren wünschenswert wäre. Dafür bedarf es aber keines digitalen Euros. In Deutschland haben Banken und Sparkassen ihre digitalen Bezahlfverfahren inzwischen unter dem Namen Giropay zusammengeführt. Darüber hinaus gibt es die European Payments Initiative (EPI), die mittelfristig ein einheitliches paneuropäisches Zahlungsverfahren über alle Kanäle etablieren will. Ich halte so eine organisch gewachsene Lösung aus einem Guss und aus dem Markt heraus für besser als eine bürokratisch verfügte Neukreation, die dann aus gutem Grund auch noch betragsmäßig limitiert sein wird.

Aber zurück zu den Einlagen. Am schon lange anhaltenden Trend zur kurzfristigen Anlage hat sich im ersten Halbjahr 2021 bei unseren Sparkassen nichts geändert. Die Termingelder und Eigenemissionen gingen um 2,0% bzw. 1,5% zurück, die Spareinlagen um 0,4%. Gewinner waren wieder die Täglich fälligen Gelder, die um 2,1% zulegten.

### **Beliebtes Kundenwertpapiergeschäft**

Nach dem Motto „Kleine Fluchten“ hat das Kundenwertpapiergeschäft den Instituten immerhin ein wenig Entlastung für die Einlagenseite gebracht. Die Wertpapierkäufe erhöhten sich insgesamt um 5,4 Mrd. Euro bzw. 16,9%. Begehrte waren vor allem Festverzinsliche und Investmentfonds. Gleichzeitig stiegen die Verkäufe um 4,0 Mrd. Euro bzw. 10,8% an. Fast die Hälfte der Verkäufe entfiel auf Aktien. Angesichts des Allzeithochs vieler Börsenindizes hat hier offensichtlich so mancher Kunde nach der Devise „Von Gewinnmitnahmen ist noch keiner verarmt“ gehandelt.

Die Umsätze im Kundenwertpapiergeschäft unserer Sparkassen verbesserten sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 um 14,2% auf einen neuen Höchstwert von 9,4 Mrd. Euro. Der Nettoabsatz als Saldo von Käufen und Verkäufen stieg um 37,9% auf 1,4 Mrd. Euro. Das unterstreicht, dass die Sparkassenkunden inzwischen das Wertpapiersparen nachhaltig für sich entdeckt haben.

### **Sparkassen stocken Eigenmittel weiter auf**

Die Sparkassen in Hessen und Thüringen haben auch im ersten Halbjahr 2021 ihre Eigenmittel um 1,6% auf 14,0 Mrd. Euro weiter aufgestockt. Davon entfielen 13,0 Mrd. Euro auf das Kernkapital. Zum 30. Juni 2021 lag die Gesamtkapitalquote bei 19,1% und die Kernkapitalquote bei 17,8%. Unsere Institute haben also die ohnehin schon soliden Puffer weiter ausgebaut, um die etwaigen realwirtschaftlichen Folgeschäden der Corona-Pandemie noch besser abfedern zu können.

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung, der wie immer um diese Zeit die Zahlen aus unserer Prognoserechnung für das Gesamtjahr 2021 zugrunde liegen. Diese Vorhersagezahlen sind naturgemäß noch mit gewissen Unsicherheiten behaftet. Das gilt umso mehr angesichts der noch immer virulenten Pandemiebedingungen.

### **Ertragsprognose: Rückläufige Betriebsergebnisse**

Die Betriebsergebnisse unserer Sparkassen werden 2021 wahrscheinlich moderat sinken. Das liegt vor allem am Zinsüberschuss, bei dem das Prognosesystem auf Jahressicht ein Minus von 2,3% auf gut 1,9 Mrd. Euro vorhersagt.

Der Provisionsüberschuss wird sich laut Prognose weiter verbessern, und zwar um 4,9% auf 888 Mio. Euro. Etwas höher wird auch der Verwaltungsaufwand auslaufen. Bedingt durch Steigerungen beim Sachaufwand wird er um 1,9% auf 2 Mrd. Euro anwachsen.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung unserer Sparkassen prognostizieren wir in diesem Jahr auf rund 854 Mio. Euro. Das bedeutet ein Minus von 4,7%. Das wäre durchaus ein ordentliches Ergebnis.

Das Betriebsergebnis nach Bewertung wird parallel ebenfalls zurückgehen. Was das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft anbelangt, sehen wir derzeit keine besonderen Auffälligkeiten. Ich habe die Hoffnung, dass viele Firmen vom pandemiebedingten und von den staatlichen Überbrückungshilfen abgedeckten Krisenbetrieb weitgehend nahtlos in die Phase der wirtschaftlichen Erholung fließen können bzw. ihnen dies bereits gelungen ist.

Das wird die Gefahr von Insolvenzen und damit auch von hohen Kreditausfällen dämpfen. Die Risikovorsorge wird bei uns ein Stück höher liegen als im Vorjahr. Dabei handelt es sich aber in erster Linie nicht um Ausfälle oder Einzelwertberichtigungen, sondern nur um vorsichtsgetriebene Management Adjustments. Die Risikovorsorge wird verkräftbar sein. Hier kommt den Sparkassen in Hessen und Thüringen der bereits erwähnte Branchenmix zugute.

### **III. Weitere Entwicklung**

Damit wechsele ich zum Ausblick. Die Corona-Pandemie hat in der Wirtschaft zu Verwerfungen geführt und Risse hinterlassen. Schon der Sänger Leonard Cohen wusste aber: Es sind diese Risse, durch die jetzt das Licht hindurch scheint. Denn die wirtschaftlichen Aussichten für dieses und nächstes Jahr haben sich spürbar aufgehellt – vorausgesetzt natürlich, dass die Pandemie nicht wieder aufflammt.

Die industrielle Produktion und der Export haben sich inzwischen nicht zuletzt dank der starken Weltwirtschaft wieder gefangen. Der Geschäftsklimaindex fällt so hoch aus wie seit zwei Jahren nicht mehr. Die Arbeitsmarktdaten haben sich erholt. Und auch die Stimmung bei den Verbrauchern verbessert sich kontinuierlich. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass sich die coronabedingte Sparschwemme zumindest zum Großteil in den Konsum und in Investitionen ergießen wird. Das ist eigentlich eine gute Nachricht.

#### **Inflationsgespenst taucht wieder auf**

Ein bisschen mulmig ist mir aber schon. Denn wir erleben momentan eine Großwetterlage, die förmlich nach Inflation riecht. Auf der einen Seite sorgt der V-förmige Aufschwung in den USA und in China allerorten für Lieferengpässe. Das fängt bei Roh- und Baustoffen an und setzt sich in der Industrieproduktion fort. So war zu hören, dass ein Traktorhersteller seine Maschinen nicht ausliefern kann, weil die Sitze fehlen. Der Autobranche wiederum mangelt es nicht nur an Chips, sondern auch an so vermeintlich trivialen Dingen wie Fenstern.



Auf der anderen Seite werden die Märkte wegen der Sparschwemme, der Dauerspülungen der Notenbanken und der coronabedingten extrem expansiven Fiskalpolitik weltweit mit Liquidität geflutet. In der Eurozone hat sich die Geldmenge M3 seit 2000 von 4,7 Bill. Euro auf 14,5 Bill. Euro mehr als verdreifacht. Das BIP erhöhte sich in diesem Zeitraum dagegen nur um 25%.

Wenn eine stark anschwellende Nachfrage auf ein knappes Angebot stößt, dann bedeutet das nach der klassischen Lehre steigende Preise. Letztendlich ist Inflation eben doch ein monetäres Phänomen – auch wenn es der EZB in den letzten Jahren gelungen ist, die Geldmengentheorie auszuhebeln. Denn die zusätzliche Liquidität floss vor allem in die Vermögenmärkte und eben nicht in die Realwirtschaft, die gerade in der Eurozone immer wieder mit Krisen zu kämpfen hatte. Darüber hinaus profitierte die europäische Wirtschaft sehr lange auch von den preisdämpfenden Vorteilen der Globalisierung. Das gewaltige Geldmengenwachstum wurde dadurch realwirtschaftlich weitgehend sterilisiert.

Jetzt haben wir aber eine komplett andere Konstellation: Die Weltwirtschaft zieht an. Das Angebot in vielen Segmenten wird knapp. Die Lieferketten funktionieren noch nicht oder nicht mehr so reibungslos wie vor Corona. Gleichzeitig gibt es lange unterdrückte konsumtive Sehnsüchte und Nachholbedarfe. Die brechen sich jetzt Bahn. Verstärkt werden diese Effekte noch durch politisch induzierte Kostentreiber wie die verschärften Umweltauflagen im Bau. Das alles führt zu deutlich steigenden Preisen auf praktisch allen Ebenen.

### **Lohn-Preis-Spirale als Schlüssel**

Die Notenbanken und viele Volkswirte versuchen zu beruhigen und verweisen auf den temporären Charakter des Preisschubs. Ich bin mir aber nicht sicher, ob sich das Inflationsgespenst im kommenden Jahr wirklich heimlich, still und leise verflüchtigen wird, weil dann die Basis-Effekte wegfallen. Ich habe eher die Befürchtung, dass die schubartigen Preiserhöhungen an vielen Fronten Spuren im Bewusstsein der Bevölkerung und der Wirtschaft hinterlassen. Ich schließe nicht aus, dass sich dadurch die Inflationserwartungen nach oben entankern werden und die berüchtigte Lohn-Preis-Spirale anspringt, die dann mittelfristig den avisierten Korridor von 2% deutlich übersteigen wird.

Bei unseren Sparkassen gehe ich von einem weiterhin dynamischen Kundengeschäft aus. Das gilt vor allem für die Kredite. Die Wirtschaft nimmt an Fahrt auf. Es wird wieder mehr investiert und konsumiert. Wenn alles normal läuft, wird die Nachfrage nach Krediten also steigen. Impulse erwarte ich aber auch vom Klimapaket, das in den kommenden Jahren hohe Investitionen im Gebäude- und Industriebereich anstoßen wird.

Wenn die Menschen künftig wieder unbeschwert reisen, feiern und shoppen können, wird auch die Sparquote wieder auf Normalmaß sinken, was sich bremsend auf das Wachstum bei unseren Einlagen auswirken wird.

#### **EZB und Fanta 4**

Auf der Ertragsseite erwarten wir wenig Neues: Sie steht unverändert unter Druck. Der Zinsüberschuss unserer Sparkassen leidet weiterhin unter der ultraexpansiven Geldpolitik der EZB. Die hat inzwischen so viele Anleihekaufprogramme aufgelegt, dass man kaum noch durchblickt: CBPP, SMP, OMT, APP, EAPP, ABSPP, CSPP, PEPP. Die Band Fantastische Vier könnte in ihrem Abkürzungslied „MfG – mit freundlichen Grüßen“ mit den Akronymen der EZB inzwischen fast schon eine eigene Strophe abdecken.

Hier gibt es sicherlich auch noch Potenzial für die Zukunft. Denn ein Ende der Anleihekäufe und der Negativzinsen ist gerade auch wegen der neuen Strategie der EZB nicht in Sicht. Frau Schnabel hat angekündigt, die EZB werde ihre Anleihekäufe so flexibel anpassen, dass günstige Finanzierungsbedingungen für die gesamte Wirtschaft sichergestellt seien. Billiges Geld gleichsam als Naturrecht – das ist schon eine aparte Entwicklung!

Allerdings steht die EZB zunehmend vor Problemen. Sie hat sich vom verführerischen Duft der Niedrigzinsen beircen lassen. Jetzt hängt sie in der Venusfalle fest. Sie findet es zwar gut, dass die Inflationserwartungen allmählich in Bewegung geraten. Die gleichzeitig ansteigenden Anleiherenditen sind jedoch kontraproduktiv. Denn dadurch drohen sich die Finanzierungsbedingungen für Private und Firmen, vor allem aber für die hochverschuldeten Staaten zu verschlechtern. Die EZB sieht sich deshalb genötigt, ihr Anleihekaufprogramm zu forcieren. Dadurch schafft sie aber wieder die Voraussetzungen, die Inflation und in der Konsequenz auch die Anleiherenditen nach oben zu treiben.

#### **Mut zur Cancel-Culture gefragt**

Bei diesem Teufelskreis ist es kein Wunder, dass die Notenbank nach wie vor die Antwort auf die Frage schuldig bleibt, wie der Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik funktionieren kann, ohne dass die Wirtschaft oder einzelne Staaten kollabieren. Schweigen hilft aber nicht weiter. Die EZB muss den Mut zur Cancel-Culture aufbringen: Sie muss endlich den Einstieg in den Ausstieg aus ihrer ultraexpansiven Geldpolitik wagen.

Das ist allerdings leider auch nach der überarbeiteten geldpolitischen Strategie der EZB so schnell nicht zu erwarten. Ihr neues Inflationsziel sieht ausdrücklich eine Übergangszeit vor, in der die Inflation durchaus über 2 Prozent liegen darf. Im Endeffekt gibt sich die Notenbank damit selbst Carte blanche für die Fortdauer ihrer äußerst expansiven

Geldpolitik und kommt damit ihrer prioritären geldpolitischen Aufgabe – nämlich der Geldwertstabilität – nicht nach.

Nach der neuen Strategie soll die EZB zudem künftig den Klimaschutz stärker in ihre geldpolitischen Entscheidungen einfließen lassen. Mit dieser Zielsetzung steht sie nicht alleine. In Europa und vor allem auch in Deutschland findet ja fast schon ein Wettrennen um die ambitioniertesten Klimaziele statt. Und wenn man die Wucht der Wetterextreme selbst bei uns, in einer eigentlich gemäßigten Zone, erlebt, ist hier sicherlich rasches und konsequentes Handeln erforderlich.

Die gewünschte Transformation hin zur Klimaneutralität wird uns allen gewaltige Veränderungen abverlangen und erhebliche Investitionen und Finanzmittel erforderlich machen. Die Sparkassen-Finanzgruppe will diesen Wandel aktiv begleiten. Bei den Sparkassen ist die wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit schon seit ihrer Gründung im Geschäftsmodell verankert. Jetzt rückt der Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit verstärkt in den Fokus – im Geschäftsbetrieb, in der Kredit- und Anlagepolitik sowie beim Vertrieb von Geldanlagen. Das hilft dem Klima. Es bietet den Sparkassen aber auch neue Geschäftsgelegenheiten und Einnahmequellen. Für uns ist das vor der Kulisse der bekannten Zinssituation kein unwichtiger Punkt.

Während der Druck auf den Zinsüberschuss hoch bleiben wird, bin ich auf der Ausgabenseite zuversichtlich, dass die Sparkassen den Verwaltungsaufwand zumindest stabil halten können. Das ist alles andere als einfach. Der IT-Bereich ist aufwändig und die Tarifsteigerungen beim Personalaufwand lassen sich jedes Jahr nur schwer abfedern. Dazu kommen on top noch die ständig wachsenden Anforderungen der Regulierung.

### **Trotz EBA-Empfehlungen ...**

Die Bankenaufsicht EBA hat vor kurzem 25 Empfehlungen veröffentlicht, die den Aufwand der kleinen und wenig komplexen Institute im Meldewesen nach ihrer Auffassung deutlich reduzieren sollen. Sie beziffert die Kostenersparnis mit 15 bis 24%. Ob das in dieser Größenordnung wirklich zu realisieren sein wird, ist mehr als fraglich. Es ist aber zumindest ein Signal. Es wird jetzt entscheidend darauf ankommen, dass diese Empfehlungen auch konsequent umgesetzt werden – von der EBA, aber auch von anderen Akteuren auf der europäischen und der nationalen Ebene.

Ob das wirklich gelingt, da habe ich meine Zweifel. Die EU-Kommission hat in ihrem Legislativvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung gerade die Berichtspflichten deutlich ausgeweitet und konkretisiert. Und sie hat die bisherige Meldeschwelle von 500 auf 250 Mitarbeiter heruntersetzt. Damit sind künftig 70% aller Sparkassen berichtspflichtig.

Wir hatten ja gehofft, dass sich das Proportionalitätsprinzip über das Europäische Bankenpaket jetzt endlich in den Köpfen der Politiker und Regulatoren in Brüssel, Straßburg, Paris und Berlin verankert hätte. Die EU-Pläne zeigen leider, dass das offensichtlich ein Trugschluss war.

### **... Sammeleifer im Meldewesen nicht zu stoppen**

Ein anderes Beispiel ist die Covered Bond-Richtlinie der EU. Danach sollen Pfandbriefinstitute künftig ihrer nationalen Aufsicht „im Interesse des Anlegerschutzes“ regelmäßig Meldungen über ihr Pfandbriefgeschäft übermitteln. Aber auch auf nationaler Ebene gibt es in punkto Datenabfragen oft kein Halten mehr. So wird die Bundesbank in Kürze nach der Finanzstabilitätsdatenerhebungsverordnung für Immobilienkredite zusätzliche Daten in unvorstellbaren Mengen anfordern. Wohlgemerkt: Das ist eine deutsche, keine europäische Initiative.

Dieser Sammeleifer der Bundesbank mag vielleicht bei der Finanzierung eines Hochhauses angebracht sein, nicht aber bei Krediten von 25.000 oder 30.000 Euro, die für die Sanierung eines Einfamilienhauses verwendet werden. In diesem granularen Geschäft, wie es für Sparkassen und Volksbanken typisch ist, stehen Aufwand und Nutzen dieser Datenabfragen in keinem Verhältnis. Sie bewirken nur, dass die Sparkassen inzwischen meldetechnisch förmlich lahmgelegt sind.

Noch immer wird regulatorisch viel Neues eingeführt. Gleichzeitig wird aber nichts Redundantes abgeschafft. Nehmen Sie nur die Vorschriften von AnaCredit. Dort wurden die Meldeschwellen bei Firmenkrediten auf 25.000 Euro herabgesetzt. Trotz dieser Radikalabsenkung müssen die Institute aber weiterhin die Millionenkreditmeldung mit einer abweichenden Kreditdefinition abgeben. Die wurde nicht gestrichen! Beim Meldewesen ist es inzwischen wie beim Pelln einer Zwiebel: Ständig tun sich neue Schichten auf und immer öfter kommen einem die Tränen!

## **IV. Moral Hazard im Aufwind**

Das Thema Regulierung – oder besser gesagt – die Überregulierung hat mich in meiner mehr als zwölfjährigen Amtszeit als Geschäftsführender Präsident des SGVHT oft umgetrieben. Nach einem Zeitalter der Lockerungen und des Laisser-faire war diese regulatorische Renaissance im Wesentlichen eine Antwort von Politik und Aufsicht auf die Weltfinanzkrise von 2008.

Um fortan ähnlich verheerende Großschäden zu vermeiden, sollte der gesamte Bankensektor nach dem Motto des Überwachens und Strafens möglichst engmaschig und kleinteilig eingehegt werden. Zynisch könnte man sagen: Das Beispiel des Meldewesens

zeigt, dass dieses Ziel vordergründig vollumfänglich erreicht worden ist. Im Ergebnis ist es jedoch so, dass sowohl die Institutsleiter als auch die Bundesbank und BaFin den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen und der einstmalige Grundsatz „Substance over Form“ gedreht wurde.

### **Entkopplung von Risiko und Haftung weiter virulent**

Das eigentliche Problem von damals ist aber immer noch nicht nachhaltig beseitigt. Er ist wieder da. Oder besser bzw. schlimmer: Er war niemals weg – der Moral Hazard. Bei diesem Phänomen gehen Einzelne Großrisiken ein, weil sie wissen, dass im Fall des Falles der Staat oder eine Gemeinschaft die Haftung dafür übernehmen wird. Das ist wie beim Kuckuck, der anderen Vögeln seine Eier unterschiebt. Im Finanzsystem ist diese Entkopplung von Risiko und Haftung noch immer auf vielen Feldern virulent.

Ein Beispiel ist der Aufsichtsbereich. Seit der Finanzkrise werden die Banken vom Scheitel bis zur Sohle durchreguliert. Die Einschlüsse kommen jetzt allerdings aus einer ganz anderen Richtung, nämlich von den nicht oder nur unvollkommen beaufsichtigten Bereichen des Finanzsektors:

- Von Hedgefonds, die wegen Leerverkaufsspekulationen an den Rand des Ruins geraten,
- von einem Family Office wie Archegos Capital, das sich an Swap-Deals verhoben hat,
- vom Pleite gegangenen Lieferkettenfinanzierer Greensill oder
- von Unternehmen wie Wirecard. Weil dieser Finanzdienstleister in der Phänomenologie der Aufsicht als Tech-Konzern durchging, unterlag er nicht komplett deren Regime. Schwarzer Schwan statt weißes Einhorn – die Folgen sind bekannt.

In diesen Fällen gab es zum Glück keinen systemischen Schaden. Aber es kann nicht ausgeschlossen werden, dass in diesem toten Winkel der Aufsicht irgendwann Großverluste entstehen, die dann eben nicht mehr von den Eigentümern, Investoren oder Kreditgebern alleine geschultert werden können. Letzten Endes müsste dann eben trotz aller „Nie wieder“-Schwüre von einst erneut der Steuerzahler einspringen.

Keinen Grund zur Entwarnung gibt es auch von der Mutter aller Moral Hazards – der Too-big-to-fail-Problematik. Nach der Finanzkrise herrschte ein breiter Konsens, dass Großbanken ihre Milliardenverluste nie wieder sozialisieren können sollten. Zwar wurden die Aufsicht und die Eigenkapitalvorschriften für systemrelevante Banken verschärft und Regelungen zur Abwicklung bzw. Abwicklungsplanung entworfen und umgesetzt. Einem echten Praxistest wurden diese Maßnahmen bislang zum Glück noch nicht unterzogen.

### **Too-big-to-fail: Wunsch nach Gewicht wächst**

Am Trend zur Größe haben die neuen Regeln jedoch auch nichts zu ändern vermocht. In den USA sind die Schwergewichte der Branche nach der Finanzkrise durch die Übernahme von schwächeren Konkurrenten noch deutlich größer geworden. Und auch in Europa wächst der Wunsch nach Gewicht. Anders kann ich die oft zu hörende Forderung nach einer Vollendung der Kapitalmarktunion nicht interpretieren. Denn die soll ja nicht zuletzt grenzüberschreitende Bankenfusionen vorantreiben.

Auch die Pläne für ein gemeinsames europäisches Einlagensicherungssystem EDIS als Abschlussäule der Bankenunion bergen die Gefahr von Fehlanreizen und Moral Hazard. Eine Bank könnte angesichts der zentralen Einlagenversicherung überhöhte Risiken eingehen und Sparer und Anleger quer durch Europa durch unrealistische Renditen ködern. Wir haben ja genau das gerade auf nationaler Ebene im Fall Greensill erlebt, der jetzt dem Einlagensicherungsfonds der privaten Banken auf die Füße gefallen ist.

Geht dieser riskante Kurs gut, werden Aktionäre und Management durch außergewöhnliche Kursgewinne, Ausschüttungen bzw. Boni und Gehälter belohnt. Geht er schief, muss eben der zentrale Topf der europäischen Schutzversicherung einspringen. Dieser wird nicht zuletzt von Banken gespeist, die selbst risikoavers wirtschaften und ihren Kunden keine marktüblichen Renditen zahlen. Genau diese vorsichtigen Banken werden dann aber im Schadensfall zur Kasse gebeten, um den zentralen Schutzfonds wieder aufzufüllen. Kommt das wiederholt vor, werden die vorsichtig-stabilen Institute geschwächt.

Eine Versicherungsgemeinschaft kann nur dann zuverlässig funktionieren, wenn erstens riskante Ausreißer schnell identifiziert und in die Schranken gewiesen werden. Und genau das praktizieren die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken. Sie setzen auf einheitliche Regeln, ein gemeinsames Risikoverständnis, eine dezentrale Begleitung und Risikoüberwachung der einzelnen Institute und damit auf Prävention und eben nicht auf bloße Schadensabwicklung. Diese enge Manndeckung lässt sich nicht einfach durch eine zentrale Überwachung ersetzen. Schon das Mittelalter wusste: „Der Papst ist alt, Rom ist weit, und die Alpen liegen dazwischen.“

Die zweite Voraussetzung für eine erfolgreiche Versicherungsgemeinschaft ist ein Level Playing Field bei den eingegangenen Risiken. Genau das ist aber in Europa nicht der Fall. Zwar ist die Zahl der notleidenden Kredite (NPL) in den letzten Jahren in der Eurozone insgesamt zurückgegangen. Gleichwohl gibt es immer noch beachtliche Unterschiede. So reicht die Spannweite der durchschnittlichen NPL-Quoten von nicht einmal 1% in Luxemburg bis zu 30% in Griechenland.

Das zeigt, dass die Voraussetzungen für eine Europäische Einlagenversicherung nach dem Muster von EDIS noch lange nicht erfüllt sind. Die NPL-Disparitäten zwischen den einzelnen europäischen Ländern werden sich durch die Corona-Krise weiter verschärfen. Deshalb müssen die europäischen Banken mit einer hohen NPL-Quote erst einmal ihre Bilanzen in Ordnung bringen und ihre risikoreichen Bestände des eigenen Landes reduzieren. Gerade erst hat Herr Enria, der oberste Bankenaufseher der EZB, moniert, dass viele der von ihm beaufsichtigten Großbanken noch immer zu lax mit Krediten umgehen. Hier gibt es also noch viel zu tun. Auch wenn das alles eines Tages erledigt sein sollte, plädieren wir weiterhin dafür, Ausnahmen für Institutssicherungssysteme zu ermöglichen.

### **Dauerniedrigzinsphase und Moral Hazard**

Jede Menge Potenzial für Moral Hazard bietet auch die Dauerniedrigzinsphase. Alles begann Mitte der 1980er Jahre mit der Ära der Great Moderation, der Großen Mäßigung. Die US-Notenbank Fed sah damals in der Geldpolitik das probate Mittel, um die dem Kapitalismus immanenten Konjunkturzyklen außer Kraft zu setzen und den Aufschwung nach dem Motto „Dauerwelle statt Auf und Ab!“ zu verewigen.

Es folgten die NICE-Years (Non inflationary continuous expansion) mit stetigem Wirtschaftswachstum, niedriger Arbeitslosigkeit, stabilen Einkommen und Preisen und vor allem eben auch niedrigen Zinsen. Die Schattenseite dieser schönen neuen Welt war allerdings die zunehmende und nach der Weltfinanzkrise explodierende Verschuldung der privaten und staatlichen Haushalte.

Die „Umwandlung der Zusammenbruchstendenz in den staatschuldengestützten Gleitflug“ (Peter Sloterdijk) geriet spätestens seit 2008 außer Kontrolle. Die Notenbanken sahen sich in die Rolle der Dauerretter gedrängt, die seitdem das geldpolitische Gaspedal bis zum Anschlag durchdrücken müssen. Daran wird sich auch künftig wenig ändern. Denn die hochverschuldeten Staaten haben sich im permanenten Null- und Negativzinsumfeld bequem eingerichtet. Sie wissen, dass sie sich auf die Lender of Last Resort verlassen können.

### **Geldpolitik als permanentes Kaufsignal an Vermögensmärkten**

Die Geldpolitik setzt aber auch an den Vermögensmärkten starke Impulse für ein riskantes Verhalten. Die von den Notenbanken im Überfluss bereit gestellte Liquidität wirkt wie ein permanentes Kaufsignal, wie ein Dauerläuten beim Pawlow'schen Hund. Private und Unternehmen wissen, dass die Notenbanken aus der Rolle des Liquiditätsgrößspenders so schnell nicht herauskommen werden, ohne die Finanzstabilität, die Staatshaushalte oder die Konjunktur zu beschädigen. Vor dieser Kulisse lohnt sich der Kauf risikoreicher Assets, die im Nullzinsumfeld immerhin noch Rendite bringen.

Auf die Spitze wird das Ganze inzwischen von der Fed getrieben. Die kauft jetzt seit anderthalb Jahren auch Unternehmensanleihen auf, die ihr Investment Grade-Rating verloren haben. Für Besitzer oder Käufer dieser Hochzinsanleihen ist das natürlich die perfekte Lösung: Geht alles gut, winken hohe Renditen. Droht das Unternehmen zum gefallenen Engel zu werden, können sie die Anleihe immer noch an die Fed weiterreichen. Das ist Moral Hazard in Reinkultur.

## **V. Fazit**

Ich komme zum Schluss. Seit meinem Amtsantritt im Februar 2009 hat sich an den wesentlichen Strukturen im Finanzsystem nicht furchtbar viel verändert. Der Moral Hazard feiert immer noch fröhliche Urstände. Die Notenbanken haben sich als Feuerlöscher bei der Bekämpfung der Finanzkrise verdient gemacht. Vor lauter Löschschaum haben sie aber irgendwann den Exit aus den Notmaßnahmen aus den Augen verloren.

Ihrer Rolle treu geblieben sind auch die Sparkassen. Sie sind so etwas wie die Stehaufmännchen des Finanzsektors. In ihrer langen, langen Geschichte haben sie eine Vielzahl von Umbrüchen erlebt und bewältigt. Alleine in meine Amtszeit fielen zwei Krisen von Weltformat: die Finanzkrise und die Corona-Pandemie. In all diesen oft nicht einfachen Jahren war auf die Sparkassen immer Verlass. Sie haben entscheidend dazu beigetragen, dass es hierzulande zu keinem Zeitpunkt eine Kreditklemme gegeben hat. Sie haben dafür gesorgt, dass die Menschen und die Wirtschaft einigermaßen glimpflich durch diese Krisen gekommen sind. Unsere Sparkassen sind deshalb nicht nur gut für Deutschland. Sie sind unverzichtbar!

Es war mir in den vergangenen zwölf Jahren insgesamt gesehen eine Freude, mit Ihnen zusammenarbeiten zu dürfen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!